

Warnstreiks: Unsere Forderungen sind gerecht

Zweite Runde der Tarifverhandlungen 2011 für den Länderbereich ohne Ergebnis

Nachdem auch bei den Verhandlungen am 24./25. Februar zur Einkommensrunde 2011 die Arbeitgeberseite kein Angebot vorgelegt hat, brennt die Luft. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann erklärte unmittelbar nach dem Potsdamer Termin, es sei ein Skandal, dass die Arbeitgeber die zweite Verhandlungsrunde zur Einkommensrunde 2011 verstreichen ließen, ohne ein Angebot vorzulegen. „An unseren Forderungen nach gerechter Bezahlung und Teilhabe am Aufschwung gibt es nichts zu deuteln. Dafür werden wir in den Ländern mit Warnstreiks Druck machen“, kündigte Beckmann an. Jens Weichelt, Tarifexperte und für den VBE Mitglied der Verhandlungskommission war ebenso empört: „Kein Angebot bedeutet, dass die Arbeitgeber ihren Beschäftigten nichts geben wollen. Eine Nullrunde ist mit den Lehrerinnen und Lehrern nicht zu machen.“ Mehrere Landesverbände des VBE haben Warnstreiks angekündigt.



dbb tu-Verhandlungsführer Frank Stöhr mit Jens Weichelt nach der Verhandlungsrunde



Udo Beckmann mit Hartmut Möllring am Rande der dbb Arbeitstagung in Köln

Der VBE ist unter dem Dach der dbb tarifunion in der Verhandlungskommission. Zentraler Punkt der Forderungen in der Einkommensrunde 2011 ist die lineare Erhöhung des Einkommens um 50 Euro (soziale Komponente) und darauf eine Anhebung um 3 Prozent bei einer Laufzeit von 14 Monaten. Udo Beckmann betonte: „Wir erwarten eine Wertschätzung unserer Arbeit auch in der Bezahlung. Ebenso muss der Einstieg in eine tarifliche Eingruppierung der tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer gelingen.“ Die bisherige Praxis, Lehrerinnen und Lehrer nach Gutsherrenart auszuzahlen, gehöre in die Mülltonne der Geschichte. „Es ist an der Zeit, dass die Arbeitgeber sich bewegen und ein Angebot vorlegen, worüber ernsthaft verhandelt werden kann. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, das Nachdenken der TdL zu beschleunigen“, stellte der VBE-Bundesvorsitzende klar.

Der TdL-Verhandlungsführer Hartmut Möllring hatte zuvor bemerkt, man könne erst verhandeln, wenn die Gewerkschaften aus ihrem Wolkenkuckucksheim zurück auf den Teppich kämen. Jens Weichelt bekräftigte: „Von Seiten der Arbeitgeber erwarten wir ein Angebot, das den Forderungen der Gewerkschaften entspricht und die Leistungen der Beschäftigten anerkennt.“ Das derzeitige Eingruppierungsrecht genüge in keiner Weise den Anforderungen an einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst. Die dritte Verhandlungsrunde findet am 9./10. März statt.

Gleichstellung der Geschlechter bleibt Herausforderung

Vor dem Internationalen Frauentag am 8. März, der in diesem Jahr sein 100. Jubiläum feiert, und dem Equal Pay Day am 25. März verweist die Vorsitzende der VBE-Bundesfrauenvertretung Jutta Endrusch darauf, dass die Gleichstellung der Geschlechter immer noch eine sehr aktuelle Herausforderung ist. „Die Diskriminierung von Frauen“, so Jutta Endrusch, „lässt sich am besten am Beispiel der Entgeltungleichheit fest machen. In den Bereichen ‚Erziehen und Unterrichten‘ des Öffentlichen Dienstes, in denen 97 Prozent bzw. 70 Prozent der Beschäftigten weiblich sind, verdienen die Frauen im Durchschnitt über 14 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Schlechterstellung gegenüber anderen akademischen Berufen im öffentlichen Dienst muss endlich überwunden werden.“ Die gleiche Forderung erhebt Jutta Endrusch auch im Hinblick auf die unterschiedliche Bezahlung zwischen Arbeitnehmerinnen sowie Beamtinnen bei gleicher Qualifikation und gleichem Tätigkeitsbereich. Diese Zweiklassengesellschaft in Lehrerkollegien ist für die Vorsitzende der Frauenvertretung nicht hinnehmbar, vor allem auch angesichts der Tatsache, dass sich im Lehrerbereich hauptsächlich Frauen im Angestelltenverhältnis befinden. Diese erfahren durch familienbedingte Unterbrechungszeiten, Teilzeitbeschäftigung und bestehender Höchstaltersgrenzen für die Verbeamtung eine überproportionale Benachteiligung. Dies führe, so Jutta Endrusch, immer häufiger auch zur Altersarmut bei Frauen. Die Frauenvertretung des VBE fordert, dass Teilzeitbeschäftigung zukünftig nicht mehr zur Kürzung von Anrechnungszeiten bei der Berechnung von Renten und Pensionen führt.

Außerdem erwartet die Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung, dass in der aktuellen Tarif- und Besoldungsrunde der Länder endlich auch die tarifliche Eingruppierung der Lehrkräfte geregelt wird und eine zeit- sowie inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Beamtinnen der Länder und Kommunen erfolgen wird. Nur so könne eine weitere Abkoppelung des Öffentlichen Dienstes vom Wirtschaftsaufschwung vermieden werden.

Zweifel am Kooperationsverbot wächst



Udo Beckmann auf dem Empfang zum Amtsantritt des KMK-Präsidenten im Gespräch (u.l.n.r.) mit den Kultusministern von Bayern, Dr. Ludwig Spaenle, Mecklenburg-Vorpommern, Henry Tesch, und Niedersachsen, KMK-Präsident Dr. Bernd Althusmann.



Meinungsaustausch mit MdB Patrick Meinhardt (l.)

Der VBE gehört von Anfang an zu den Kritikern des Kooperationsverbots von Bund und Ländern im Bildungsbereich, wie es mit der Föderalismusreform 2006 ins Grundgesetz aufgenommen wurde. „Der VBE begrüßt die Debatte und unterstützt entsprechende Initiativen, um das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich zu stoppen“, unterstreicht Udo Beckmann. In diesem Sinne erklärte der VBE-Bundesvorsitzende gegenüber dem diesjährigen KMK-Präsidenten Bernd Althusmann anlässlich seiner Einführung in das Amt am 7. Februar in Berlin, diese Forderung stehe aus Sicht des VBE nicht im Kontrast zur Kulturhoheit der Länder. Vielmehr würden Wege zur Finanzierung von strategischen Bildungsaufgaben eröffnet, um wirklich einer Bildungsrepublik näher zu kommen. Der KMK-Präsident und niedersächsische Kultusminister hatte auf dem Empfang erklärt, er sei nicht für eine Debatte über das Grundgesetz. Der KMK-Präsident kündigte an, dass die KMK im Oktober ein Gespräch mit der Bundeskanzlerin haben werde.

Der Bildungsföderalismus stand auch bei einem Meinungsaustausch zwischen Udo Beckmann und MdB Patrick Meinhardt, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, am 11. Februar in Berlin im Mittelpunkt. Der VBE-Bundesvorsitzende sprach sich für Bildung als gesamtstaatlichen Auftrag aus. Der Kulturföderalismus sei sinnvoll, doch sei nicht einzusehen, dass zusätzliche Barrieren in Form des Kooperationsverbots aufgestellt werden müssten. Udo Beckmann verwies auf die Ganztagsschulinitiative. Diese sei ein erfolgreiches Beispiel dafür gewesen, wie Bund und Länder zusammen arbeiten könnten. Beckmann sprach sich für eine Ganztagsschulinitiative II und für ein Ende des Kooperationsverbotes aus. Der VBE plädierte dafür, die vorhandenen Gelder in Bund und Ländern zu bündeln und so zu investieren, dass tatsächlich mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht werden könne.

VBE auf der didacta



Udo Beckmann (2.v.r.) im Podium von forum bildung über Inklusion. NRW-Bildungsministerin Sylvia Löhrmann zu Gast am VBE-Stand mit Gerhard Brand und Gerhard Freund vom VBE Baden-Württemberg (Bild r.)



Auf der didacta in Stuttgart, die vom 22. bis 26. Februar stattfand, präsentierten sich der VBE Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Bundesverband an einem attraktiven Stand in Halle 1. Für das abwechslungsreiche Standprogramm interessierten sich viele Besucherinnen und Besucher. Auf der Bildungsmesse boten 600 Aussteller eine Fülle von Anregungen und Materialien. „Leider können die meisten Schulen von dem ‚Tischlein-deck-dich!‘ nicht so profitieren, wie es den Schülern gut täte, weil sie chronisch unterfinanziert sind“, stellte Gerhard Brand, VBE-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und Bundesschatzmeister, resignierend fest.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE